

## Bern

# Alte Feuerwehrkaserne soll autoarm bewohnt werden

Der Berner Stadtrat sagt Ja zur Nutzung der alten Feuerwehrkaserne als Asylzentrum bis 2018. Danach sollen gemeinnützige Bauträger bevorzugt werden.

**Bernhard Ott**

Die SVP wollte lieber kein Asylzentrum, Rot-Grün lieber keine Einstellhalle, dafür mehr Mitsprache der Anwohner und die Bevorzugung gemeinnütziger Wohnbauträger: Ansprüche an die (Zwischen-)nutzung der alten Feuerwehrkaserne im Breitenrain wurden gestern im Stadtrat gleich in fünf Motionen der Fraktionen GB/JA, SP, GLP und SVP erhoben. Chancen hatten allerdings nur einige Anliegen der Ratslinken. Johannes Wartenweiler (SP) gab zu Beginn der gut zweistündigen Debatte die Richtung vor: «Ein Projekt dieser Art darf nicht an den hohen Rendite-Erwartungen der Stadt scheitern», sagte der Gewerkschafter.

**Schwere Vorwürfe an Schmidt**

Die GLP setzte sich dafür ein, dass der Innenhof nicht überbaut wird. Dafür solle die Ausnutzungsziffer auf der Seite Gotthelfstrasse durch Aufstockung um eine Etage erhöht werden. Wie die Rot-Grünen plädierten die Grünliberalen für eine «autoarme» Überbauung und gegen den Bau einer Einstellhalle. Stéphanie Penher (GB) wies auf eine Untersuchung hin, die eine grosse Nachfrage nach autoarmem Wohnen ausweise. Es gehe nicht primär um ein Wohnbauprojekt, da die 21 Wohnungen bloss einen Tropfen auf einen heissen Stein darstellten. Es gehe vielmehr um eine «quartierlebende Nutzung» durch einen gemeinnützigen Bauträger, sagte Penher. Auch

Patrik Wyss (GFL) sprach sich für eine «vielfältige, quartiernahe Nutzung aus». Eine derart zentrale Immobilie dürfe nicht einfach einem privaten Investor überlassen werden, der repräsentative Wohnungen und Büros errichte. Wyss wies darauf hin, dass nur dank einer Intervention des stadt-eigenen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik noch kein Wettbewerb durchgeführt worden sei.

## «Schmidt wollte das Areal an den Meistbietenden verscherbeln.»

Patrik Wyss, Stadtrat GFL

Er warf Gemeinderat Alexandre Schmidt (FDP) in diesem Zusammenhang «Buebetrückli» vor. Schmidt habe das Areal möglichst rasch an den Meistbietenden «verscherbeln» und das Parlament vor ein «Fait accompli» stellen wollen. Dieses Vorgehen sei inakzeptabel.

**SVP befürchtet «zweiten Progr»**

Die Anliegen der SVP betrafen schwerwiegend die Zwischennutzung und gingen in eine ganz andere Richtung: Roland Jakob (SVP) setzte sich für die

Raumbedürfnisse des Gewerbes und gegen ein Asylzentrum oder eine kulturelle Zwischennutzung ein. Er befürchtete, dass die Feuerwehrkaserne zu einer Art «zweitem Progr» werden könnte, und warf dem Gemeinderat eine «ideologische» Auswahl der Zwischennutzer vor. Zum Thema «autofrei» sagte Parteikollege Alexander Feuz: «Soll es in Bern denn keinen Platz für Behinderte mehr geben?» In Sachen «autoarm» hat der Gemeinderat schon vor der gestrigen Debatte eine Kehrtwende vollzogen: Sprach er sich im Mai 2014 in der Antwort auf die GB/JA-Motion noch für eine «angemessene Anzahl an Parkplätzen» aus, ist er seit dieser Woche für eine autoarme Siedlung, wie aus der Antwort auf die GLP-Motion hervorgeht.

**«Kein eigenmächtiges Vorgehen»**

Gemeinderat Alexandre Schmidt (FDP) wies den Vorwurf von Wyss zurück. Unter dem Eindruck der Motionen habe die Betriebskommission des Fonds im Dezember einen Zwischenhalt beschlossen. «Es gibt kein eigenmächtiges Vorgehen von mir.» Es sei nie die Absicht des Gemeinderates gewesen, bloss den Baurechtszins maximieren zu wollen. Der Gemeinderat habe zügig vorgehen und nicht erst die Ergebnisse der Zwischennutzung abwarten wollen, wie dies etwa die SP-Motion verlange, sagte Schmidt. Der Rat beschloss schliesslich, autoarm zu bauen und gemeinnützige Bauträger zu bevorzugen.

**Ausländermotion** Die SVP scheiterte mit 28 Anträgen, um das Abstimmungsbüchlein «ideologiefrei» zu gestalten. *Fabian Christl*

## Herrer Kampf für sachgerechte Debatte

Man muss Prioritäten setzen. Das gilt im Leben, wie auch in der Politik. Die SVP-Fraktion im Berner Stadtrat scheint ihren Fokus auf die kritische Begutachtung von Abstimmungsbüchlein zu legen. Das ist wichtig, denn «ein ideologisch gefärbtes Abstimmungsbüchlein verhindert eine sachliche Debatte», erklärte gestern SVP-Fraktionschef Roland Jakob seinen Ratskollegen.

Im vorliegenden Fall geht es um die Abstimmungsbotschaft zur Ausländermotion, über die die Berner Stimbevölkerung am 8. März befinden wird. Sollte die Vorlage angenommen werden, könnten künftig 200 Ausländer zusammen eine Abstimmung im Stadtrat erzwingen. SVP-Stadtrat Erich Hess hätte es zwar lieber gesehen, wenn die Mindestgrenze bei 5000 Ausländern angesetzt worden wäre. «Sonst wird noch die Scharia in Bern eingeführt», sagte er im August 2014, als der Rat die Eckpfeiler der Vorlage besprach.

Gestern verzichtete die SVP-Fraktion aber darauf, einen Verweis auf die drohende Scharia im Abstimmungsbüchlein zu fordern. Sie beschränkte sich in ihren 28 Änderungsanträgen auf die wichtigsten Punkte. So sollte etwa im Vorwort der Botschaft darauf verzichtet werden, den Begriff der Interpellation zu erklären. «Das schafft nur

Verwirrung», sagte Jakob. Am meisten störte er sich aber daran, dass den Schweizern nicht klipp und klar gesagt werde, dass die Ausländermotion nur Ausländern zur Verfügung stehen soll. «Die Abstimmenden müssen wissen, dass sie dieses Recht nicht bekommen, dass sie also entmündigt werden.»

Die SVP fand mit ihren Anliegen bei der Ratsmehrheit kein Gehör. Sämtliche 28 Anträge wurden abgelehnt. Von Linksauten, den Mitteparteien und der FDP erhielt sie aber partielle Unterstützung. So zeigte sich FDP-Stadtrat Pascal Rub überzeugt, dass einige Anträge mehrheitsfähig gewesen wären, kämen sie von einer anderen Partei. «Wir können jedoch nicht goutieren, dass mit 30 Anträgen versucht wird, den Ratsbetrieb zu blockieren», sagte er. Die Filibuster-Ängste waren aber unbegründet. Jakob beschränkte sich auf kurze Begründungen und die Abstimmungen gingen relativ zügig voran. Vielleicht auch, weil er noch einen Trumpf im Ärmel hatte: So reichte er an der gestrigen Sitzung zusammen mit FDP-Fraktionschef Bernhard Eicher einen Vorstoss mit der Forderung ein, dass auch 200 Bernerinnen und Berner mit Schweizer Pass im Stadtrat eine Motion einreichen können. Wichtig scheint festzuhalten, dass Bieler und Thuner von diesem Recht ausgeschlossen wären.

### Kurz

#### Stadt Bern Quartierorganisationen sollen mehr Geld erhalten

Der Berner Gemeinderat will die Subventionen an die anerkannten Quartierorganisationen leicht erhöhen. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten am 14. Juni. Sie werden über eine Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte entscheiden. Der Gemeinderat hat die Abstimmungsbotschaft zuhanden des Parlaments verabschiedet, wie er mitteilte. Jede anerkannte Quartierorganisation erhält heute einen Sockelbeitrag von 8000 Franken. Hinzu kommt ein Beitrag pro Einwohner. Insgesamt kann die Stadt Bern für alle Quartierorganisationen maximal 300 000 Franken pro Jahr ausgeben. Neu soll ein Gesamtbeitrag von 330 000 Franken möglich sein. Zudem soll der Stadtrat den Beitrag auf 400 000 Franken erhöhen dürfen. (sda)

#### Stadt Bern Länggass-Leist darf Viererfeld-Vertrag nicht sehen

Der Länggass-Leist kriegt die Verträge zwischen Stadt und Kanton über die geplante Viererfeld-Nutzung nicht zu Gesicht. Das hat Regierungsrat Christopher Lerch entschieden. Er wies eine Beschwerde ab, mit welcher der Länggass-Leist Akteneinsicht erzwingen wollte. Lerch kam zum Schluss, dass Gemeinderat und Stadtratskommission das hängige Geschäft möglichst unvoreingenommen beraten sollten. Nach den Entscheidungen der beiden Gremien würden die Verträge von Amtes wegen ja so wieso publiziert. Der Kanton Bern verkauft Land im Viererfeld, damit die Stadt eine Siedlung für 3000 Menschen bauen kann. (sda)

#### Korrigendum Stadtheater: Projektleitung wurde ausgeschrieben

Die Gesamtprojektleitung für die Sanierung Stadtheater Bern wurde ausgeschrieben. Im «Bund» vom 28. Januar wurde irrtümlicherweise das Gegenteil behauptet. Von drei Bewerbern habe das Planbüro Emch+Berger den Zuschlag erhalten, sagt Matthias Haldmann, CEO Emch+Berger AG Gesamtplanung Hochbau. Die Ausschreibung sei nach WTO-Richtlinien erfolgt. (lok)

## Notfallhelfer in der Nachbarschaft sollen zum Defibrillator greifen

Bei plötzlichem Herzstillstand muss es schnell gehen. Nun plant das Inselspital zusammen mit Partnern, auf dem Stadtgebiet Laien zu «First Responders» auszubilden.

**Matthias Raaflaub**

Im Berner Oberland oder dem Emmental sind «First Responders» bereits im Einsatz. Ausgebildete Laien erfüllen dort im Notfall die Erstversorgung. Sie können per SMS alarmiert werden und rücken aus, um in der Zeit bis zum Eintreffen der Ambulanz oder des Notarztes Erste Hilfe zu leisten. Rund 500 Personen haben sich im Kanton Bern auf Initiative der regionalen Rettungsdienste und der Regionalspitäler bisher zu First Responders ausbilden lassen. Auf dem Land hat unter anderem die Schliessung von Spitälern der Förderung der Modelle für solche Laien-Notfallhelfer Schub gegeben.

Nun soll auch in der Stadt und Agglomeration Bern ein Netz von First Responders entstehen. Das Berner Inselspital und die Schweizerische Herzstiftung planen, flächendeckend die Notfallversorgung bei Herznotfällen zu verbessern. Gestern stellte das Inselspital die Initiative unter dem Titel «Bern Heart» vor.

**Rasches Eingreifen im Notfall**

Bei einem Herzstillstand sei «nur Nichtstun falsch», sagte gestern Hugo Saner, Professor für Kardiologie Rehabilitation und Sportmedizin an der Universitätsklinik für Kardiologie. Eine sofortige Herzmassage und der schnellstmögliche Einsatz eines Defibrillators kann die Überlebenschancen massiv erhöhen. Die neuesten Geräte funktionieren fast automatisch. Sie leiten den Benutzer per Sprachausgabe durch wenige einfache Schritte und führen den Stromschlag fürs Herz meist selbst aus. Angst, beim Reanimieren etwas falsch zu machen, sei unbegründet, so Saner.

Das Inselspital und die Herzstiftung planen in Zusammenarbeit mit der Sanitätspolizei Bern und der Stadtverwaltung Bern, die Bevölkerung zu informieren, Interessierte zu schulen und automatische Defibrillatoren flächendeckend auf dem



Laien sollen mehr üben, Leben zu retten – etwa indem sie zum Defibrillator greifen. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)

Stadtgebiet zu installieren. Der Berner Finanzdirektor Alexandre Schmidt (FDP) hat seine Zusage gegeben, dass die Liegenschaften der Stadt als Standorte für die Verteilung von Defibrillatoren genutzt werden können. Wie viele solche Geräte und ausgebildete Personen es in der Stadt und Agglomeration dereinst geben soll, ist noch offen. Bis das Projekt konkret wird, dürfte es mindestens Sommer werden. Das Inselspital übernimmt dafür die Anschubfinanzierung. Wie viel Geld es aus gibt, gab Projektleiter Thomas Mössinger, Departementsmanager des Herz- und Gefässzentrums des Inselspitals, gestern auch auf Nachfrage nicht bekannt.

Gemäss den Erklärungen der Projektverantwortlichen sollen First Responders also gezielt da ausgebildet werden, wo Defibrillatoren installiert werden. Die Aufgabe der First Responders ist es, im Notfall rasch richtig zu handeln oder

wenn nötig die Hilfeleistenden zu entlasten. Ausgebildete Personen würden nicht zögern, den Defibrillator einzusetzen, sagte Hugo Saner.

**Erfolgreiche Vorbilder**

Das Vorhaben, flächendeckend mit First Responders und Defibrillatoren die Bevölkerung besser vor dem Herzsturz zu schützen, ist allerdings nicht neu. Das Berner Projekt lehnt sich an die Tessiner Stiftung Fondazione Cuore Ticino an. Ihr gelang es, dass mittlerweile über vier mal so viele Tessiner in Herzmassage und Umgang mit dem Defibrillator geschult sind als noch vor zehn Jahren. 2013 kamen bei 252 Einsätzen First Responder zum Einsatz.

Bereits seit 2007 gibt es im Kanton Bern eine Privatinitiative, welche ebenfalls zum Ziel hat, dass Zeugen eines Notfalls rasch selbst eingreifen können.

Erich Grossniklaus aus Gysenstein sammelt auf der Internetseite www.herzsicher.ch die Standorte von Defibrillatoren, hauptsächlich bezogen auf die Schweiz. Mittlerweile haben sich dort 2961 Einträge angesammelt. Auch die Positionsdaten von Fahrzeugen mit Defibrillator können auf der Seite abgerufen werden. Herzsicher.ch hat auch eine App fürs Smartphone herausgegeben. Bis gestern hatte Grossniklaus mit dem Inselspital noch keinen Kontakt. «Es würde sicher nichts bringen, solch eine Arbeit doppelt zu machen», sagte er auf Anfrage. Laut Thomas Mössinger sollen bestehende Projekte beim Projekt «Bern Heart» aber unbedingt berücksichtigt werden. Geht es nach den Projektverantwortlichen, sollen etwa auch die neuesten Entwicklungen der Rettungsdienste bei «Bern Heart» zusammenfliessen.